

Meinung: Unserer Demokratie geht es gut!

Deutschland hat einen anstrengenden und kontroversen Wahlkampf hinter sich, der viele Menschen ratlos zurückgelassen hat. Nun stellt sich die große Frage, was die Wahl und ihr Ergebnis für unser Land und unsere Demokratie bedeuten.

Dass die AfD mit über 20 Prozent der Stimmen die mit Abstand stärkste Oppositionspartei und zweitstärkste Partei im Bundestag geworden ist, mag für viele mehr als ein schlechtes Omen für den Zustand unserer Demokratie sein. Insgesamt hat fast ein Drittel der Wahlberechtigten für die politischen Ränder, also für die AfD und die Linke gestimmt. Dies ist sicherlich Ausdruck einer tiefen Unzufriedenheit mit den Verhältnissen in unserem Land und dem Führungsstil der etablierten Parteien. Hinzu kommt ein Wahlkampf, in dem die Parteien der Mitte aus Angst vor den populistischen Kräften im Land eine Rhetorik der Hetze gegen Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund übernommen haben. Vor allem Friedrich Merz, aber auch die SPD und die Grünen haben sich in den letzten Wochen immer wieder dazu hinreißen lassen, aus Opportunismus und dem verzweifelten Versuch, der AfD auf den letzten Metern den Wind aus den Segeln zu nehmen, in den Chor der migrationsfeindlichen Rhetorik einzustimmen. Heute wissen wir, dass diese Strategie den Parteien mehr geschadet als genutzt hat.

Andere Themen, die für unser Land mindestens genauso wichtig, wenn nicht noch wichtiger sind, wie Außenpolitik, Wohnungsbau oder Bildung, blieben auf der Strecke. All dies deutet auf eine schlechte Bilanz und eine besorgniserregende Entwicklung für das Land und die Demokratie hin. Aber ist das wirklich alles, was es zu dieser Wahl zu sagen gibt? Im Folgenden möchte ich auf vier Aspekte aufmerksam machen, die ein etwas positiveres Bild zeichnen und, ja, auch Hoffnung machen können.

1. Historische Wahlbeteiligung

Zunächst das Offensichtliche: Mit einer Wahlbeteiligung von 82,5 Prozent verzeichnet das Land die höchste Beteiligung an demokratischen Wahlen seit der Wiedervereinigung. Das ist ein Grund zur Freude, denn es zeigt, dass sich die Menschen für das Geschehen in unserem Land interessieren und dass sie eine Meinung haben, die sie mit ihrer Stimme zum Ausdruck bringen wollen. Es zeigt auch, dass es den Parteien in den letzten zweieinhalb Monaten gelungen ist, mit einer Vielzahl von Angeboten die wahlberechtigte Bevölkerung zu mobilisieren. Dabei sind die Parteien sogar kreativ geworden, etwa mit der manchmal etwas skurril anmutenden „Küchentisch-Kampagne“ von Robert Habeck. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass wir diese starke Mobilisierung zu einem großen Teil der AfD zu verdanken haben. Mit rund 1,8 Millionen Stimmen von Nichtwähler:innen hat sie die mit Abstand größten Zugewinne aus dieser Bevölkerungsgruppe zu verzeichnen. Und auch wenn es den einen oder anderen schmerzt, dass sich so viele Menschen in unserem Land für eine in Teilen gesichert rechtsextreme Partei entschieden haben, möchte ich Folgendes festhalten: Es ist für eine Demokratie immer besser, wenn die Menschen eine unliebsame Wahl treffen, als wenn sie gar nicht zur Wahl gehen. Hätten sich die Menschen bei dieser Wahl nicht an die Urne getraut, hätten wir nicht weniger

unzufriedene Menschen im Land. Der Unterschied wäre, dass diese Menschen für die Demokratie unsichtbar wären, und das ist viel gefährlicher als eine starke AfD im Bundestag.

2. *Wenige Schmutzkampagnen*

Über diesen zweiten Aspekt lässt sich sicherlich streiten. Dennoch habe ich den Eindruck, dass es in diesem Wahlkampf weniger Schmutzkampagnen gab als bei den letzten Wahlen. Sicherlich gab es auch in den letzten Wochen einige Angriffe unter der Gürtellinie, wie z.B. die teilweise sehr unangemessenen Attacken von Markus Söder gegen die Grünen und Robert Habeck, die verbalen Entgleisungen von Friedrich Merz am vergangenen Wochenende im Löwenbräukeller gegen die „grünen und linken Spinner“ und das Negativ-Campaigning der Grünen gegen die Linken und die Volt-Partei. Denkt man jedoch an die völlig inakzeptablen Angriffe auf das Privatleben und die Identität von Annalena Baerbock oder die polemischen Diskussionen über Armin Laschets Lacher während der Flutkatastrophe, die fast einer öffentlichen Hinrichtung gleichkamen, so verlief diese Wahl eher harmlos. Die immer gleichen Hetzreden der AfD lasse ich hier bewusst außen vor, da sie leider vorhersehbar waren. Dennoch war der Wahlkampf in seiner Kürze und Intensität stark inhaltlich geprägt, auch wenn man über die Schwerpunktsetzung streiten kann.

3. *Ein breites Medienangebot*

Der dritte Aspekt betrifft das Medienangebot im Vorfeld der Bundestagswahl. Auch hier lassen sich sicherlich Fehler und Versäumnisse der Medienschaffenden ausmachen. So ist zu kritisieren, dass sich die Medienhäuser vermutlich zu sehr an der Themensetzung der Parteien orientiert haben und zu wenig kritisch gegengesteuert haben, wenn bestimmte Themen von den Politiker:innen bewusst oder unbewusst ignoriert wurden. Es hätte in der Verantwortung der Moderator:innen und Kommentator:innen gelegen, kritisch nachzufragen, Vertuschungen aufzudecken und in der teilweise hysterisch geführten Migrationsdebatte gegenzusteuern und für einen ausgewogenen Blick zu sorgen. Andererseits muss aber auch auf das breite Angebot für die Bürgerinnen und Bürger hingewiesen werden, das einen wichtigen Beitrag zur Information geleistet und als wichtiges Kommunikationsmittel zwischen Politik und Bevölkerung fungiert hat. Zum einen gab es eine Vielzahl von Talkshows und politischen Debatten, die meist von den öffentlich-rechtlichen Medien veranstaltet wurden und in denen die Vertreter:innen der Parteien diskutieren und ihre Standpunkte präsentieren konnten. Darüber hinaus gab es auch viele Interviewformate, in denen man auch etwas tiefere Einblicke hinter die professionelle Fassade der Kandidat:innen gewinnen konnte. Hier sind insbesondere die neuen Medien wie Podcast-Formate oder Youtube-Kanäle zu nennen. Insgesamt führten all diese Angebote dazu, dass den Wähler:innen ein breites Informations- und Diskussionsangebot zur Verfügung stand, auf dessen Basis sie ihre Wahlentscheidung treffen konnten.

4. *Der große politische Kontext*

Nun werden sich einige sagen: „Das ist ja schön und gut, aber es ändert nichts an der Tatsache, dass ein großer Teil der Bevölkerung eine zumindest teilweise rechtsextreme Partei gewählt hat“.

Darauf entgegne ich, dass dies zwar stimmt und jede:n Demokrat:in zutiefst besorgen und schmerzen sollte. Gleichwohl möchte ich aber auf den größeren politischen Kontext hinweisen. Wir befinden uns in einer der größten globalen Krisen unserer Zeit, mit kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ukraine und in Palästina, der Klimakrise, dem wirtschaftlichen Abschwung und humanitären Katastrophen wie dem Bürgerkrieg im Sudan. In dieser ohnehin schwierigen Situation erleben wir gleichzeitig eine tiefe Krise der Demokratie im Westen, die durch die Wiederwahl Donald Trumps, aber auch durch das Erstarken populistischer Kräfte in Osteuropa, Frankreich, Italien und den Niederlanden ausgelöst wurde. Betrachtet man diesen großen weltpolitischen Kontext, kann man mit Blick auf Deutschland zumindest vorsichtig optimistisch feststellen, dass es uns noch vergleichsweise gut geht. Das Erstarken der AFD sollte uns ein Weckruf sein, aber auch nicht zu übertriebener Panikmache führen. Unsere Demokratie ist stark und wehrhaft, das zeigen nicht zuletzt die Hunderttausenden, die in den vergangenen Monaten immer wieder gegen Rechtsextremismus auf die Straße gegangen sind. In der Vergangenheit habe ich die AFD als „Feuermelder“ der Demokratie bezeichnet. Denn wenn die Partei eines gut kann, dann ist es, die Themen aufzuspüren, die den Bürger:innen Angst machen, bei denen sie sich nicht gehört fühlen, und daraus politisches Kapital zu schlagen. Wenn also die Umfragewerte der AFD steigen, dann kann man mit ziemlicher Sicherheit sagen, dass die Regierenden an irgendeiner Stelle einen Teil der Bevölkerung übersehen haben, und das kann auch eine Chance sein. Während um uns herum Rechtsextreme und Populist:innen die Macht ergreifen, hat Deutschland also noch eine Chance, diesem Trend entgegen zu wirken. Wie wir mit der neu gewonnenen Stärke der AFD umgehen, wird die wichtigste Frage sein, die unsere Politik in der kommenden Legislaturperiode beschäftigen sollte.

Für den Moment lässt sich aber trotz aller Herausforderungen und Krisen sagen: Unsere Demokratie geht es gut und das gibt Anlass zur Hoffnung!

Jonathan Koch